

dere auch solche aus dem Ausland, zur Begutachtung von Spezialgebieten beigezogen werden können.

Le président: L'auteur de l'interpellation est partiellement satisfait.

83.906

Interpellation Humbel

Nukleare Entsorgung. Konzept

Elimination des déchets nucléaires.

Plan directeur

Wortlaut der Interpellation vom 7. Oktober 1983

Ich bitte den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist der Bundesrat auch der Meinung, dass die vom Schaffhauser Stimmvolk angenommene Initiative «Für ein Gesetz gegen Atommüllagerstätten» gegen die Bundesverfassung verstösst und damit nichtig ist? Besteht schon ein entsprechendes Gutachten? Wenn nein, ist der Bundesrat bereit, ein solches Rechtsgutachten anzufordern?

2. Ist der Bundesrat bereit, mit seiner Verwaltung das Informationskonzept der NAGRA vermehrt zu unterstützen und in den von den Arbeiten der NAGRA tangierten Landesteilen die Bevölkerung direkt zu informieren? Oder ist die Informationspflicht allein Sache der NAGRA?

3. Wegen der bekannten Widerstände gerät das Projekt «Gewähr» (abzuliefern bis Ende 1985) in zeitliche Schwierigkeiten. Die Bewilligungsverfahren für die NAGRA-Versuchsbohrungen nahmen mehr Zeit in Anspruch, als zuerst angenommen worden war. Wäre es deshalb nicht angezeigt, aus diesen Gründen die gesetzte Frist für die NAGRA angemessen zu verlängern?

4. Der Bundesrat hat die NAGRA eingeladen, ihre Arbeiten für die Beseitigung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen zu forcieren. Ist der Bundesrat seinerseits bereit, das sich als schwerfällig erwiesene Bundesbewilligungsverfahren zu beschleunigen?

5. Angesichts verschiedener politischer Widerstände frage ich den Bundesrat des weiteren, ob die NAGRA in der Lage ist, das aufgestellte Konzept für die nukleare Entsorgung (Bohrprogramm, Zwischenlager, Endlager usw.) überhaupt zu realisieren (obwohl die NAGRA von einer vom Bundesrat beauftragten Arbeitsgruppe begleitet wird?). Ist der Bundesrat bereit, vom Enteignungsrecht gemäss Artikel 10 des Bundesbeschlusses zum Atomgesetz für die Realisierung aller gestellten Aufgaben für die nukleare Entsorgung Gebrauch zu machen?

Texte de l'interpellation du 7 octobre 1983

Je prie le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Ne pense-t-il pas que l'initiative «pour une loi contre les dépôts de déchets atomiques» acceptée par le peuple schaffhousois est contraire à la Constitution fédérale et de ce fait nulle et non avenue? A-t-on fait une expertise juridique à cet égard? Sinon, le Conseil fédéral envisage-t-il de faire procéder à une telle expertise?

2. Est-il disposé à soutenir davantage par son administration les campagnes d'information de la CEDRA et notamment à informer directement la population des régions touchées par les travaux de la coopérative nationale? Ou estime-t-il qu'il lui incombe à elle seule de renseigner les citoyens?

3. En raison des résistances bien connues, le projet «Garantie» qui aurait dû être réalisé d'ici la fin de 1985, risque d'être

retardé. Les procédures d'autorisation des forages d'essai de la CEDRA prennent plus de temps qu'on le pensait. Ne serait-il donc pas indiqué de prolonger en conséquence le délai imparti à la coopérative?

4. Le Gouvernement fédéral a invité la CEDRA à intensifier ses travaux visant à éliminer les déchets faiblement et moyennement radioactifs. Le Conseil fédéral est-il prêt de son côté à accélérer la procédure fédérale d'autorisation, qui se révèle particulièrement laborieuse?

5. Vu les divers mouvements d'opposition politique, je demande en outre au Conseil fédéral si la CEDRA est à même de réaliser le plan d'évacuation des déchets nucléaires tel qu'il a été prévu (programme de forages, dépôts intermédiaires et définitifs, etc.). On peut en effet en douter, quand bien même un groupe de travail mandaté par le Conseil fédéral suit l'activité de la coopérative. Le Conseil fédéral est-il disposé à faire usage du droit d'expropriation prévu à l'article 10 de l'arrêté relatif à la loi sur l'énergie atomique, afin d'assurer l'accomplissement de toutes les opérations visant à l'évacuation des déchets nucléaires?

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (NAGRA) hat eine für unsere schweizerische Volkswirtschaft bedeutungsvolle Aufgabe zu erfüllen. Gewisse Vereinigungen und auch Bevölkerungskreise leisten den notwendigen Arbeiten in verschiedenen Regionen grossen Widerstand. Es wird – leider – mit unwahren Argumenten votiert. Auf diese Weise werden Teile der Bevölkerung verunsichert.

Das Schaffhauser Stimmvolk hat am 4. September 1983 – allerdings sehr knapp – eine Volksinitiative «Für ein Gesetz gegen Atommüllagerstätten» angenommen. Diese Initiative soll nun mit dem nachfolgenden Text in die kantonale Gesetzsammlung aufgenommen werden:

«Die Behörden des Kantons Schaffhausen sind verpflichtet, mit allen rechtlichen und politischen Mitteln darauf hinzuwirken, dass auf Kantonsgebiet keine Lagerstätten für radioaktive Abfälle errichtet und keine vorbereitenden Handlungen vorgenommen werden.»

Das wird offenbar bedeuten, dass in Schaffhausen nicht einmal die Bohrversuche durchgeführt werden können.

Es steht fest, dass die nukleare Entsorgung technisch lösbar ist und dass mit keinen Gefahren für die betroffene Bevölkerung zu rechnen ist.

Die Information der zuständigen Bundesbehörde müsste nicht nur in denjenigen Gebieten durchgeführt werden, wo es auch notwendig ist. Der Grossteil der Bevölkerung im Kanton Aargau zum Beispiel ist gegenüber der Kernenergie bekanntlich positiv gestimmt.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

Rapport écrit du Conseil fédéral

1. Vorbereitende Handlungen zur Erstellung eines Lagers für radioaktive Abfälle benötigen eine Bewilligung des Bundesrates. Daneben bleiben aber die Bewilligungen des kantonalen Rechtes weiterhin erforderlich. Die Kantone dürfen derartige Bewilligungen jedoch nicht aus sachfremden Motiven verweigern. Da gegenwärtig im Zusammenhang mit der Verweigerung der Baubewilligung für die Probebohrung Siblingen ein gewichtiges Verfahren hängig ist, erachtet es der Bundesrat zurzeit nicht für angebracht, ein Rechtsgutachten zu dieser Frage erstellen zu lassen.

2. Die NAGRA ist eine selbständige Gesellschaft des schweizerischen Rechtes. Dementsprechend ist es in erster Linie Sache der NAGRA, über ihre Tätigkeit zu informieren. Eine gewisse Zusammenarbeit, insbesondere hinsichtlich der Information der zuständigen Behörden der Kantone und Gemeinden durch den Bund, besteht bereits heute. Der Zusammenarbeit sind aber insofern Grenzen gesetzt, als der Bund Aufsichtsinstanz der NAGRA ist.

3. Die Frage einer Verlängerung des Termins für das Projekt «Gewähr» kann sich erst nach Vorliegen des von der NAGRA auf Ende 1984 einzureichenden Berichtes stellen.

Heute wäre dies verfrüht, da eine Beurteilung der bis zum erwähnten Termin erwarteten Resultate hierfür Voraussetzung ist.

Obschon die Bewilligungsverfahren für die Versuchsbohrungen der NAGRA mehr Zeit gebraucht haben als ursprünglich angenommen wurde, ist das nicht ein Hauptgrund für Schwierigkeiten für eine termingerechte Einreichung des Projektes «Gewähr». Die Durchführung der Sondierarbeiten und deren Auswertung, aber auch die Vorbereitungen für weitere Gesuche für vorbereitende Handlungen, erfordern einen grösseren Zeitbedarf als ursprünglich vorgesehen.

4. Die Verordnung über vorbereitende Handlungen vom 24. Oktober 1979 (SR 732.012) regelt das Bewilligungsverfahren im Detail. Dieses hat sich besonders deshalb als aufwendig erwiesen, weil die Kantone, aber auch die Gemeinden und die betroffene Bevölkerung, sich sehr aktiv an der Meinungsbildung beteiligt haben (z. B. wurden von einer kantonalen Stelle über 70 Auflagen formuliert). Eine wesentliche Vereinfachung des Verfahrens müsste zwangsläufig die Mitwirkungsmöglichkeiten der direktbetroffenen Öffentlichkeit einschränken.

5. Der Einsatz einer Technologie, die grossen Nutzen bringt, erfordert auch die Bereitschaft, die sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen und den erwachsenden Verpflichtungen nachzukommen. Der Bundesrat ist der Überzeugung, dass diese Einsicht in unserer Bevölkerung vorhanden ist. Die NAGRA sollte in der Lage sein, ihre Projekte zur sicheren Entsorgung der aus der Nutzung der Kernenergie entstehenden radioaktiven Abfälle zu realisieren. Zur Erfüllung dieser Aufgabe muss ein Endlager dort gebaut werden können, wo die grösste Sicherheit gegeben ist. Lokaler Widerstand kann nicht für die Bewilligung vorbereitender Handlungen oder für eine Standortwahl entscheidend sein. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Antwort vom 26. Oktober 1983 auf die Interpellation Keller. Der Bundesrat ist bereit, notfalls von dem in Artikel 10 des Bundesbeschlusses zum Atomgesetz vom 6. Oktober 1978 festgehaltenen Enteignungsrecht Gebrauch zu machen.

Le président: L'auteur de l'interpellation est partiellement satisfait.

83.582

Interpellation Braunschweig
NATO. Nachrüstungsbeschluss und die Schweiz
La Suisse et les mesures de l'OTAN
visant au rétablissement de l'équilibre
des forces en Europe

Wortlaut der Interpellation vom 28. September 1983

Wenn die INF-Verhandlungen in Genf (Mittelstreckenraketen) in den nächsten Wochen nicht Ergebnisse zeitigen werden, muss mit der Aufstellung von 464 Marschflugkörpern und 108 Pershing-II-Raketen in fünf NATO-Staaten noch in diesem Jahr gerechnet werden. Gleichzeitig liegt der Verdacht auf der Sowjetunion, dass sie die Zahl der SS-20-Raketen laufend erhöht.

1. Teilt der Bundesrat Bedenken und Beunruhigung zahlreicher Schweizerinnen und Schweizer über diese neuen Etappen des Rüstungswettlaufes in Europa, die mit grösster Wahrscheinlichkeit zu neuen Windungen der verhängnisvollen Spiralen, zunächst im Osten, dann wieder im Westen, führen werden?

2. Teilt der Bundesrat die Meinung, dass die Schweiz von dieser verheerenden Entwicklung nicht nur indirekt, son-

dern auch direkt in Mitleidenschaft gezogen wird? Raketenstellungen würden weniger als 100 Kilometer von der Schweizer-Grenze entfernt aufgestellt, je 36 Pershing-II in Schwäbisch-Gmünd, in Neu-Ulm und voraussichtlich in Heilbronn. Angesichts der Verkürzung der Vorwarnzeit auf rund vier Minuten und angesichts des grossen und gegenseitigen Misstrauens könnten Pershing-II schneller als befürchtet Zielscheibe eines sowjetischen Präventivschlages werden.

3. Läge es nicht auch im Interesse unseres Landes, dass vorerst die Aufstellung der NATO-Mittelstreckenwaffen verschoben und gleichzeitig die Sowjetunion beim Worte ihrer verschiedenen Abrüstungsvorschläge genommen wird, die Zahl der SS-20-Raketenstellungen schon in einer Übergangszeit zu verringern? Könnte die Schweiz die entsprechenden Verschiebungsvorschläge von Staaten, Staatsmännern und Kirchen unterstützen, um mitzuhelfen, in letzter Minute doch noch positive Ergebnisse, oder wenigstens eine Zwischenlösung, zu erreichen?

4. Die Schweiz muss sich nach dem teilweise erfolgreichen Abschluss der KSZE-Konferenz ohnehin auf die europäische Abrüstungskonferenz in Stockholm 1984 materiell und konkret vorbereiten. Könnte sie schon heute – bei aller Zurückhaltung, die neutralitätspolitisch geboten ist – ihrer Haltung gewisse Prinzipien zu Grunde legen, zum Beispiel kleine Schritte auf beiden Seiten im Sinne vertrauensbildender Massnahmen; Einbezug französischer und englischer Mittelstreckenwaffen in die Verhandlungen; Verzicht auf Erstsatz von Mittelstreckenwaffen, auf Wiederherstellung der Erstschlagkapazität oder auf Tendenz zur militärischen Überlegenheit?

5. Hält der Bundesrat sein Angebot aufrecht, zusammen mit anderen Staaten im Bereich der Verifikation von vertrauensbildenden Rüstungskontroll- und Abrüstungsmassnahmen (schweizerische Dokumente zur Abrüstung 1978/1982) mitzuwirken? Wird oder könnte dies ein Gegenstand der nächstjährigen Europaabrüstungskonferenz in Schweden sein? Rüstungskontroll-, Überwachungs- und Abrüstungsmassnahmen müssen, sollen sie wirksam werden, auch die Produktion und die Forschung umfassen. Ist der Bundesrat vorbereitet, wenn er dazu aufgerufen wird oder seine guten Dienste anbietet?

Texte de l'interpellation du 28 septembre 1983

Si les négociations soviéto-américaines de Genève (missiles à moyenne portée) ne produisent aucun résultat au cours de ces prochaines semaines, il faut s'attendre au déploiement de 464 missiles de croisière et de 108 Pershing II dans cinq Etats membres de l'OTAN cette année encore. L'URSS de son côté est suspectée d'augmenter constamment le nombre de ses fusées SS-20.

1. Le Conseil fédéral partage-t-il la perplexité et l'inquiétude de nombreux Suisses face à cette nouvelle étape de la course aux armements en Europe, qui, selon toute vraisemblance, va entraîner une nouvelle surenchère à l'Est d'abord, à l'Ouest ensuite?

2. Le Conseil fédéral n'est-il pas d'avis que les conséquences de cette escalade dévastatrice seront non seulement indirectes, mais encore directes pour notre pays? Des bases équipées de 36 Pershing II chacune sont prévues à Schwäbisch-Gmünd, à Neu-Ulm et probablement à Heilbronn, soit à moins de 100 kilomètres de la frontière suisse. Vu la réduction à 4 minutes du temps d'alarme et la méfiance profonde qui règne dans les deux camps, les Pershing II pourraient devenir la cible d'une attaque préventive de l'URSS plus vite que prévu.

3. Ne serait-il pas également dans l'intérêt de notre pays que le déploiement des missiles à moyenne portée de l'OTAN soit différé pour l'instant et que l'on prenne l'URSS au mot quand, dans ses diverses propositions de désarmement, elle promet de réduire le nombre des bases de SS-20 en premier temps? La Suisse pourrait-elle appuyer les propositions d'ajournement de l'installation de missiles de l'OTAN émanant d'Etats, d'hommes politiques et des Eglises

Interpellation Humbel Nukleare Entsorgung. Konzept

Interpellation Humbel Elimination des déchets nucléaires. Plan directeur

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1983
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	83.906
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	16.12.1983 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1863-1864
Page	
Pagina	
Ref. No	20 012 097

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.